

Stellungnahme der Verwaltung zu dem Antrag des FWA an die GV

Zu Pkt. 2 Einarbeitung der Mittel zum Digitalpakt

Gemäß. des § 63 BbgKVerf ist die Haushaltswirtschaft sparsam und wirtschaftlich zu führen.

Gemäß des § 4 der KomHKV erfolgt im Ergebnishaushalt die Erfassung des Ressourcenverbrauchs der Erträge und Aufwendungen des jeweiligen Haushaltsjahres.

Gemäß § 5 der KomHKV erfolgt im Finanzhaushalt die Darstellung der Maßnahmen, die mit Finanzbewegungen im Haushaltsjahr verbunden sind.

Der Anspruch auf Anträge für diese Förderung besteht für die Gemeinde bis 30. September 2020.

Realistisch gesehen, kann in diesem HJ aus Gründen der Wahrheit und Klarheit keine Abbildung im Haushaltsplan von Seiten der Verwaltung vorgenommen werden.

Frühestens für den Finanzplan 2020 können diese Mittel eingeplant werden. Gemäß der Richtlinie, ist diese Förderung für investive Maßnahmen an Schulen vorgesehen. Jedem Förderantrag, ist für jede vom Förderantrag umfasste Schule ein Medienentwicklungsplan beizufügen.

Dieser Plan muss zunächst aufgestellt werden, um im Haushaltsplan die entsprechenden Investitionen zu veranschlagen (Finanzplan), und im Ergebnisplan die entsprechende Abschreibung zu errechnen und einzuplanen. Mobile Endgeräte haben andere Abschreibungen wie z.B. Anzeige- und Interaktionsgeräte.

Zu Pkt. 4 Verpflichtungsermächtigung (VE) für 2020 für das Strandbadgebäude im OT Melensee

Eine VE für das Jahr 2020 wäre erforderlich, sollte es im HJ 2019 noch Aufträge geben, die ausgelöst werden sollen. Die voraussichtlichen förderfähigen Gesamtkosten der Maßnahme betragen 984.550,55 €. Diese sind dann für das HJ 2020 durch VE im § 3 der Haushaltssatzung zu ergänzen. Von dieser Summe ist die größtmögliche Förderung i.H.v. 75 % ab 2020 einzuplanen. Maßnahmen in dieser Größenordnung werden nicht selten über zwei oder mehrere Jahre gefördert. Der Finanzausschuss empfiehlt die Bereitstellung von 1,0 Mio. €. Die maximale Förderung für dieses Maßnahme würde 738.419,91 € betragen.